

# **Thesenpapier**

**des**

**Bundesbeauftragten Hartmut Koschyk MdB**

**Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe  
des Deutschen Bundestages**

**Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums**

**Ko-Vorsitzender des deutsch-koreanische Beratergremiums zu  
außenpolitischen Aspekten der Wiedervereinigung**

**anlässlich des**

**Workshops der Hanns-Seidel-Stiftung**

**25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung – Diplomatische  
Beziehungen Deutschlands mit den Nachbarländern:  
Implikationen für Nordostasien“**

**am Dienstag, dem 2. Juni 2015 in Seoul**

## **Deutsch-Koreanische Beziehungen**

Deutschland verband 40 Jahre mit Korea das Schicksal der Teilung. Auch 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und der friedlichen Revolution in der DDR sind die überwundene Teilung Deutschlands und Europas einerseits und die fortbestehende Teilung Koreas und die angespannte Lage in Nordostasien weiterhin ein wichtiges Element der Verbundenheit zwischen Deutschland und der EU mit Korea.

Durch die Teilung der koreanischen Halbinsel und die Teilung Deutschlands entwickelten sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern in unterschiedlicher Weise fort. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea und die Beziehungen zwischen der DDR und Nordkorea waren jeweils eingebettet in die internationalen Ost-West-Beziehungen. Für die Bundesrepublik Deutschland und die DDR waren die Beziehungen zur Republik Korea beziehungsweise zu Nordkorea von besonderer Bedeutung. In der damaligen DDR fanden viele Bürger Nordkoreas Möglichkeiten einer beruflichen Weiterbildung. In der Bundesrepublik Deutschland prägten Bergleute und Krankenschwestern aus der Republik Korea das Bild Koreas positiv.

Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Überwindung der europäischen Teilung leiteten eine neue Phase der deutsch-koreanischen Beziehungen ein: Auf Wunsch der Republik Korea nahm Deutschland im Jahr 2001 offizielle Beziehungen zu Nordkorea auf. Dies sollte die sogenannte "Sonnenscheinpolitik" des damaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung unterstützen und die innerkoreanische Annäherung fördern. Das Beispiel der deutschen Einheit gibt den Menschen auf der koreanischen Halbinsel Hoffnung für eine Annäherung und eine Wiedervereinigung der beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel. Das wiedervereinigte Deutschland unterstützt heute alle Bemühungen zur Überwindung der Teilung Koreas und begleitet den innerkoreanischen Annäherungsprozess mit großer Anteilnahme und nachhaltigem Engagement.

Seit der Wiedervereinigung haben sich die Beziehungen unserer beiden Länder auf politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Ebene kontinuierlich fortentwickelt. Durch die deutsche Politik und Diplomatie, die deutsche Wirtschaft, durch die deutschen politischen Stiftungen, das Goethe-Institut, den Deutschen Akademischen Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, aber auch durch deutsche humanitäre Organisationen wie die Welthungerhilfe, das Deutsche Rote Kreuz und die beiden großen christlichen Kirchen leistet Deutschland heute einen entscheidenden Beitrag für eine innerkoreanische Annäherung.

## **Deutscher Beitrag zur deutschen Unterstützung für eine innerkoreanische Annäherung mit dem Ziel einer Überwindung der koreanischen Teilung**

### **Entschließungsanträge des Deutschen Bundestages**

Der Deutsche Bundestag hat sich kontinuierlich mit der Lage auf der koreanischen Halbinsel befasst und hierzu immer wieder auch entsprechende Beschlüsse gefasst, so zuletzt im Juni 2013. Der Entschließungsantrag enthält auch einen Passus zur deutschen Unterstützung für eine innerkoreanische Annäherung mit dem Ziel einer Überwindung der koreanischen Teilung. So wird die Bundesregierung aufgefordert, „die politische Annäherung zwischen der Republik Korea und der Demokratischen Volksrepublik Korea mit dem Ziel einer Wiedervereinigung nach Kräften zu unterstützen und sich für eine demokratische Entwicklung im nördlichen Teilstaat einzusetzen“. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, „sich für eine Wiederaufnahme des multilateralen Forums der Sechs-Parteien-Gespräche mit Beteiligung der beiden koreanischen Staaten, der Volksrepublik China, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Russischen Föderation und Japan“ einzusetzen.

### **Deutsch-Koreanische Beratergremien zu den innen- und außenpolitischen Aspekten der deutschen Wiedervereinigung**

Das wiedervereinte Deutschland begleitet in Erinnerung an die eigene Teilung und deren Überwindung den koreanischen Annäherungsprozess mit großer Anteilnahme. Weil Deutschland und Europa ihre Teilung 1989/1990 friedlich überwinden konnten, unterstützen sie alle Bemühungen zur Überwindung der Teilung Koreas und wollen einen aktiven Beitrag zu Frieden, Stabilität und Demokratie auf der koreanischen Halbinsel und in der gesamten Region leisten.

Im Hinblick auf einen möglichen deutschen Beitrag für eine innerkoreanische Annäherung erklärte Bundesaußenminister Steinmeier bei seinem Besuch in der Republik Korea Ende Oktober 2014 seinem Amtskollegen Außenminister Yun Byung, dass Deutschland nicht als Lehrmeister auftreten wolle, jedoch seine Erfahrungen vermitteln wolle.

## **„Deutsch-koreanisches Beratergremium zu den innerpolitischen Aspekten der deutschen Wiedervereinigung“**

Aus Anlass des 20. Jahrestages der deutschen Wiedervereinigung wurde 2010 ein bilaterales Expertengremium errichtet, das den Austausch von Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über den deutschen Vereinigungsprozess unterstützt und die Frage ihrer Nutzbarmachung für die koreanische Vereinigungspolitik erörtert. Unter anderem stellt Deutschland – soweit möglich – der Republik Korea auf ihren Wunsch hin staatliche Dokumente und weitere historische Unterlagen zum deutschen Einigungsprozess zur Verfügung. Dem im Jahr 2002 eingerichteten deutsch-koreanischen Beratergremium gehören auf deutscher Seite unter anderem Lothar de Maizière, Horst Teltchik und Rainer Eppelmann an. Bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten wirkte auch der DDR-Bürgerrechtler des Neuen Forums und von der Volkskammer 1990 gewählte Vorsitzende des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, Herr Bundespräsident Dr. Joachim Gauck, in diesem Gremium mit. Seine Verbundenheit mit dem geteilten koreanischen Volk brachte Bundespräsident Gauck in seiner Rede im Rahmen des 12. Deutsch-Koreanischen Forums am 21. Juni 2013 in Goslar wie folgt zum Ausdruck:

„Wenn zwei Nationen ein Jubiläum ihrer Beziehungen feiern, tun sie das meistens im Glanze ihrer Hauptstädte. Wir aber begehen den Festakt heute nicht nur sehr gern, sondern auch ganz bewusst und aus sehr guten Gründen hier in Goslar. Denn hier, nicht weit von der einstigen innerdeutschen Grenze entfernt, sind wir ganz nahe bei der Erfahrung, die unsere Länder in besonderer Weise verbindet: die Erfahrung der Teilung. Den Ort dieses 12. Deutsch-Koreanischen Forums verstehe ich also als ein Zeichen der Ermutigung: Menschen können sich ermächtigen, sie können Grenzen überwinden! Sie spüren: Korea bewegt mich. Es ist sogar mehr, als dass es mich bewegt. Es geht mir zu Herzen, dass Ihr Land immer noch geteilt ist, weil es eine grausame Diktatur in einem Teil Ihres Landes gibt. Und mich bewegt es deshalb, weil ich die meiste Zeit in meinem Leben in dem deutschen Staat verbracht habe, der sich vom anderen ideologisch abgrenzte, der seine Bürger durch Mauer und Minenfelder einsperrte und ihnen die Freiheit vorenthielt, so wie Nordkorea seinen Bürgern ihre Freiheit vorenthält“.

Die 5. Sitzung des deutsch-koreanischen Konsultationsgremiums zu Vereinigungsfragen fand vom 11.-15. Mai 2015 in Seoul statt. An der Sitzung nahm auch Frau Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Iris Gleicke MdB, teil. Im gemeinsamen Jubiläumsjahr 2015 konzentrierte sich das diesjährige Treffen, dessen Hauptsitzungstag erstmals öffentlich zugänglich

war, auf Bilanz und Bedeutung von 70 Jahren koreanischer Teilung sowie 25 Jahren deutscher Einheit.

### **Welche Lehren sind im Fall einer innerkoreanischen Vereinigung aus dem deutschen Beispiel zu ziehen?**

Skeptiker einer koreanischen Wiedervereinigung weisen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hin, die Deutschland nach seiner Wiedervereinigung zu bewältigen hatte und noch immer zu bewältigen hat. In diesem Zusammenhang plädiere ich für mehr Realitätssinn und Augenmaß. Sicherlich ist die koreanische Situation in zahllosen Punkten von der deutschen Lage 1989/90 verschieden. Wenn man aber die ökonomischen Herausforderungen der Deutschen Einheit gegen eine koreanische Wiedervereinigung auszuspielen versucht, darf ich daran erinnern, dass wir diese gigantische Aufgabe zum weit überwiegenden Teil sehr gut gemeistert haben. Das geeinte Deutschland ist heute wirtschaftlich stärker als es die beiden Staaten in Deutschland vor 1990 waren. Auch muss man den "Kosten" der deutschen Einheit, die erheblichen finanziellen Aufwendungen der Teilung gegenüber stellen!

Natürlich müssen beide Seiten bei der Vereinigung zweier für sich allein unterschiedlicher Wirtschaftssysteme Einschränkungen hinnehmen und Belastungen ertragen. Denn Teilung kann nur durch Teilen überwunden werden.

Im Hinblick auf die Teilung der koreanischen Halbinsel ist es daher richtig, dass die politisch Verantwortlichen in der Republik Korea die Bevölkerung bereits heute darauf vorbereiten, dass eine Wiedervereinigung mit Kosten verbunden sein wird. Allerdings ist auch die Teilung Koreas, wie einst auch die Teilung Deutschlands, mit hohen Kosten verbunden, wie beispielsweise hohe Militärausgaben, Sonderausgaben für Provinzen entlang der demilitarisierten Zone oder Ausgaben für humanitäre Hilfe für Nordkorea. Besonders betonen möchte ich hier auch die sogenannte Grenzlandförderung während der deutschen Teilung. Die Kosten einer dauerhaften Teilung sind sicher höher, als die Ausgaben, die man in die Zukunft eines geeinten Korea investiert. Darüber hinaus kann man am Beispiel Deutschland sehen, dass sich die Zukunftsinvestitionen in die Deutsche Einheit gerade im Hinblick auf die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise doppelt ausgezahlt haben: Kein Land in Europa hat die Krise besser überwunden als Deutschland!

Die Trennung der koreanischen Halbinsel ist viel radikaler, als sie es zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland je war, weil bis heute weder Menschen noch Information und Kommunikation die demilitarisierte Zone in wirklich nennenswertem Umfang überschreiten. Und so besteht die Gefahr, dass die Sehnsucht nach Annäherung und Wiedervereinigung allmählich nachlässt, wenn es einmal die

älteren Menschen, die noch eigene Erinnerungen an ein geeintes Korea haben, nicht mehr gibt. Es ist daher Aufgabe der politisch Verantwortlichen, der Schulen und Universitäten, der Historiker und Kulturschaffenden, den Geist der Einheit in die jüngeren Generationen zu tragen, ihn wach zu halten und den jungen Menschen zu vermitteln, warum auch sie Interesse und Verantwortung dafür empfinden sollten, was im Norden Koreas passiert.

Korea teilen seit rund 70 Jahren Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf der einen Seite und ein totalitäres Regime auf der anderen Seite. Gemeinsam eint Korea als verbindendes Element jedoch eine Jahrtausende alte Kultur und Geschichte. In diesem Bewusstsein sollten die in Freiheit lebenden Koreaner sich über die Lage der Landsleute im Norden informieren, Wissen erwerben, Verständnis entwickeln und sich auch gesellschaftlich und politisch für Annäherung und Aussöhnung engagieren. Jede Begegnung, jeder Kontakt und jeder Austausch ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt auf dem Weg, die nationale Einheit wiederzuerlangen.

### **„Deutsch-Koreanisches Beratergremium zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung“**

Voraussetzung für die Wiederannäherung Nord- und Südkoreas ist ein positives regionales und internationales Umfeld. So wäre der Prozess der Deutschen Einheit ohne die europäischen und transatlantischen Partner Deutschlands sowie ohne die Einsicht der sowjetischen Führung unter Gorbatschow für einen Kurswechsel auch in der Deutschland-Politik nicht möglich gewesen. Daher braucht auch die innerkoreanische Annäherung zwingend die Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft – d. h. der Vereinten Nationen, der regionalen Mächte, aber insbesondere auch der USA, Chinas, Russlands und Japans.

Im Rahmen des Staatsbesuches der Präsidentin der Republik Korea, Frau Park Geun-Hye, im Berlin im März 2014 wurde die Vereinbarung getroffen, die deutschen Bemühungen für eine innerkoreanische Annäherung zu intensivieren. Insbesondere wurde zwischen Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier und seinem koreanischen Amtskollegen Yun Byung-Se vereinbart, ein „Deutsch-Koreanisches Beratergremium zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung“ einzurichten. Das diesbezügliche Memorandum of Understanding wurde im September 2014 unterzeichnet. Das Expertengremium hat sich im Oktober 2014 im Rahmen des Besuches von Bundesaußenminister Steinmeier in der Republik Korea in Seoul konstituiert und Bundesaußenminister Steinmeier hat mich zum deutschen Ko-Vorsitzenden ernannt. Die 2. Sitzung des Beratergremiums fand im Februar 2015 statt.

Das deutsch-koreanische Beratergremium zu außenpolitischen Aspekten der Wiedervereinigung kann einen kreativen Beitrag zu dem südkoreanischen politischen Diskurs über Wege zur koreanischen Einheit leisten sowie dazu ermutigen, konkrete Schritte der innerkoreanischen und regionalen Vertrauensbildung einzuleiten.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa waren Voraussetzung für die spätere deutsche Wiedervereinigung und europäische Einheit und damit für den 2+4-Prozess und die "Charta von Paris". Sie setzten typischerweise kein Vertrauen zwischen den Parteien voraus, wurden aus reinen Sicherheitserwägungen vereinbart und zielten auf Vermeidung von Missverständnissen, Spannungen und bewaffneten Auseinandersetzungen.

Einige Beispiele aus der deutschen KSZE-Erfahrung sind die Ankündigung von Manövern sowie von Verlegungen größerer Kontingente, die Einrichtung von „heißen Drähten“ u. a. Krisenkommunikationskanälen, die Aufhebung von Kontaktsperren, die Diskussion über Spielraum zur Anpassung der jährlichen Manöver usw.

Mit seinem südkoreanischen Amtskollegen Yun Byung Se hat Bundesaußenminister Steinmeier bei seinem Besuch im Oktober 2014 in der Republik Korea über die schwierigen Fragen der Vertrauensbildung auf der koreanischen Halbinsel gesprochen. Dazu gehören mangelnde Transparenz in Nordkorea, der Umgang mit Menschenrechten, aber vor allen Dingen die nach wie vor ehrgeizige Verfolgung des nordkoreanischen Atomprogramms.

### **Handlungsoptionen für die deutsche und europäische Politik**

In einer Annäherung zwischen Nord- und Südkorea kann Deutschland nicht als Vermittler, sondern allenfalls als ehrlicher Ratgeber auftreten und die innerdeutschen sowie europäischen Erfahrungen (KSZE-Prozess) weitergeben.

Deutsche Erfahrungen im Hinblick auf Teilung, Annäherungspolitik und Einigungsprozess bieten der koreanischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zweifellos wichtige Anregungen für einen eigenen Weg. Auf diesem Weg bietet Deutschland seinen Rat und im Rahmen seiner Möglichkeiten auch seine Unterstützung an.

Deutschland sieht unverändert in der Wiederaufnahme der "Sechs-Parteien-Gespräche" die beste Möglichkeit, nicht nur die strittige Nuklearfrage zu lösen, sondern auch einen nachhaltigen Dialogprozess aller Beteiligten über alle Themen zu führen, die einer friedlichen Entwicklung in Nordostasien, einer allseitigen Verständigung sowie einer umfassenden Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Bildung, Wissenschaft und im humanitären Bereich dienen.

Aus einem derartigen Prozess könnte sich eine schrittweise Annäherung der beiden koreanischen Staaten mit dem Ziel einer Wiedervereinigung ergeben. Deutschland könnte hierbei seine Erfahrungen sowohl des Prozesses der innerdeutschen Annäherung, als auch im Hinblick auf die europäischen und internationalen Rahmenbedingungen der innerdeutschen Beziehungen vermitteln, ohne dass der deutsche Weg zur Wiedervereinigung als Vorbild angesehen werden sollte.

Wenn die „Sechs-Parteien-Gespräche“ zwischen China, den USA, Russland, Japan und den beiden koreanischen Staaten wiederaufgenommen und in der Nuklear-Frage Fortschritte erzielt werden, könnte sich daraus eine Art Nordostasien-KSZE-Prozess entwickeln, der von der Europäischen Union mit dem europäischen Erfahrungshintergrund bei der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes begleitet werden könnte. Der Deutsche Bundestag hat sich bereits 2002 in einem interfraktionellen Antrag für solch eine Art nordostasiatischen KSZE-Prozesses ausgesprochen. Wörtlich heißt es in diesem Entschließungsantrag:

„Europa hat durch seine schmerzliche Geschichte gelernt, wie man mit scheinbar aussichtslosen und gefährlichen Spannungslagen umgehen kann. Unser Kontinent hat bei der Entspannungspolitik und der Überwindung des Kalten Krieges mit dem KSZE-Prozess gute Erfahrungen gemacht. Auch die Aussichten, die gegenwärtigen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel einzudämmen und langfristig zu überwinden, könnten von einem Prozess profitieren, der nicht nur eindimensional auf unmittelbare Lösung des Nuklearproblems abzielt, sondern parallel auch Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle, Wirtschafts- und Energiethemen, innergesellschaftlichen Wandel, Menschenrechte, einen breiten Dialog und einen Interessenausgleich umfasst. Entscheidend ist hierbei auch, nicht nur die beiden koreanischen Nachbarländer einzubeziehen, sondern auch wichtige und interessierte internationale Akteure wie Russland, die VR China, Japan, die USA, die EU und nicht zuletzt die UNO in der Person des Generalsekretärs. Nordkorea könnte über einen mehrdimensionalen, auf „Geben und Nehmen“ beruhenden Prozess aus seiner gefährlichen internationalen Isolation herausgeführt werden, ohne dass das Land etwa mit bilateralen südkoreanischen oder US-amerikanischen Konzessionen für seine unverantwortliche gegenwärtige Drohpolitik „belohnt“ würde. Angestoßen werden könnte ein solcher multidimensionaler Sicherheitsprozess für Nordostasien durch eine möglichst baldige internationale Sicherheitsinitiative. Diese Initiative sollte von der Europäischen Union ausgehen, die auf diesem Wege die Möglichkeit hätte, die in letzter Zeit leider wenig funktionsfähige gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wieder zu beleben und zu beweisen, dass sie zur Übernahme internationaler Verantwortung in der Lage ist. Deutschland sollte dazu in der EU den Anstoß geben.“



## **Welche Handlungsoptionen haben Deutschland und die EU?**

Gegenüber Nordkorea sollten Deutschland und die EU weiterhin alle möglichen Gesprächskanäle nutzen, um einen innerkoreanischen Dialog voranzubringen und vertrauensbildende Maßnahmen zu unterstützen. Die EU und Deutschland verfolgen in Nordostasien keine geopolitischen Interessen, was deren Glaubwürdigkeit als „ehrlicher Ratgeber“ unterstreicht. Insbesondere Deutschland kann eine besondere Rolle spielen, da zahlreiche politische Führungskräfte in der ehemaligen DDR studierten und das Deutschlandbild dieses Personenkreises durchaus positiv geprägt ist.

Vertrauensbildende Maßnahmen und Dialog können dazu beitragen, die Gefahr eines vierten nordkoreanischen Atomtests, der unweigerlich eine weitere Sanktionsdiskussion in UN und der EU nach sich ziehen würde, einzudämmen. Mit der Resolution 2084 (2013) hat der UN-Sicherheitsrat erklärt, dass er im Falle eines weiteren Raketenstarts oder Nuklearversuchs bereit sei, „weitere signifikante Maßnahmen zu ergreifen“.

Nordkorea hat Interesse an einer Intensivierung des politischen Dialogs mit Deutschland und der wirtschaftspolitischen Beratung durch deutsche politische Stiftungen geäußert, was Deutschland aber mit klaren Erwartungen verbindet, wie beispielsweise Fortschritte in Menschenrechtsfragen und hinsichtlich einer Entspannung auf der koreanischen Halbinsel.

## **Dialog mit Südkorea, China, Japan, Russland und den USA**

Deutschland will Südkorea weiterhin ermutigen, in Umsetzung seiner „Trust-Politik“ weitergehende Schritte zur Vertrauensbildung und zum Dialog mit Nordkorea zu gehen.

Im Dialog mit Südkorea, China, Japan und den USA kann Deutschland einen Beitrag dazu leisten, zu versuchen, das Format der 6-Parteiengespräche im Sinne einer regionalen Sicherheitskonferenz in Nordostasien auszubauen.

Eine solche Konferenz könnte - unter vorübergehender Zurückstellung der ungelösten Nuklearfrage - Schritte zur bilateralen und regionalen Vertrauensbildung und Rüstungsbeschränkung diskutieren und somit dazu beitragen, mittelfristig auch die Denuklearisierungsfrage wieder voran zu bringen.

Dazu bedarf es insbesondere der aktiven Unterstützung der VR China und der USA. Mittelfristig könnte sondiert werden, ob Nordkorea bei Abgabe einer regionalen Sicherheitsgarantie (durch China oder multilateral) zu erneuten Verhandlungen zur

Aufgabe des Atomprogramms bereit wäre. Das Format einer solchen regionalen Sicherheitskonferenz könnte anknüpfen an den südkoreanischen Vorschlag einer „North East Asian Peace and Cooperation“-Initiative, der ebenfalls Kooperation bei „weicheren“ Themen wie Umweltschutz, Energie- und nuklearer Sicherheit vorsieht.

**Bundespräsident Gauck hat seine Rede am 21. Juni 2013 in Goslar mit folgenden Worten beendet, denen ich mich voll und ganz anschließen kann:**

„Die Aussicht auf eine friedliche Wiedervereinigung erscheint angesichts der Lage auf der koreanischen Halbinsel zurzeit wie eine Illusion. Aber lassen wir uns nicht irre machen. Es erschien uns doch vor 25 Jahren im Herzen Europas auch wie eine Illusion, dass das Imperium der Sowjetmacht zusammenbrechen könnte. Es ist aber zusammengebrochen. Auch in Korea gab es in der Vergangenheit unerwartete Wendungen. Aus meiner persönlichen Erfahrung werbe ich von ganzem Herzen für Geduld, für Zuversicht und für Mut: Ich habe selbst erlebt, was geschehen kann, wenn viele Menschen gemeinsam die Furcht verlieren und ein übermächtiges System von innen verändern. Diese Hoffnung kann uns alle weitertragen. Ein Land, das wie Korea in seiner langen Geschichte überaus erfolgreich vermochte, seine kulturelle und nationale Eigenständigkeit trotz aller Widrigkeiten zu bewahren, ein solches Land wird auch seine Einheit wiederherstellen. Davon bin ich fest überzeugt.“